

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 27 / 43. Jg.

4. Juli 1930

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

**Insertion.** Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandszeilen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsges. Schkenditz.**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

## Das Parlament der freien Gewerkschaftswelt tagt

Vom 7. bis 11. Juli tagt in Stockholm, der Hauptstadt Schwedens, der Internationale Gewerkschaftskongreß. Alle Länder, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund, kurz IGB, genannt, angeschlossen sind, schicken ihre Beauftragten nach Stockholm, um neben Regelung von dringenden Organisationsfragen zu bekunden, was die Weltgewerkschaftsbewegung von der Gesellschaft fordert. Das zeigt schon die provisorische Tagesordnung, die unter anderem folgendes zur Beratung stellt:

- Geschäftsbericht des Vorstandes.
- Das Wirtschaftsprogramm des IGB.
- Das sozialpolitische Programm des IGB.
- Äbrüstung und Friedenspakt.
- Die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie.

Aus dem Tätigkeitsbericht des IGB. über die Jahre 1927/29 sei folgendes hervorgehoben: Trotzdem sich in den drei verfloßenen Jahren die Wirtschaftslage aller Länder dauernd verschlechtert hat, konnte der IGB. seinen Mitgliederbestand nicht nur halten, sondern um einige Hunderttausende vergrößern. Das gleiche gilt für die Internationalen Berufssekretariate. Sowohl der IGB. als auch die IBS. umfassen mehr als 13 Millionen Mitglieder. Weiter sind dem IGB. drei neue Landeszentralen beigetreten: der griechische Gewerkschaftsbund, die estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südwestafrika.

Ernste Anstrengungen wurden in der Berichtsperiode gemacht, um mit nichtangeschlossenen Organisationen und Landeszentralen in Beziehung zu kommen. In einem ausführlichen Kapitel sind diese Bemühungen geschildert, die sich nicht nur auf die einzelnen noch nicht angeschlossenen Landeszentralen in Europa beschränkten, sondern sich auf die Länder aller Weltteile ausdehnten. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Verhältnis zum Amerikanischen Gewerkschaftsbund sowie zum Panamerikanischen Gewerkschaftsbund gewidmet. Wenn die Anschlußbestrebungen des IGB. nicht den gewünschten Erfolg hatten, so ist ein wichtiger Grund hierfür der, daß der IGB. nur Landeszentralen aufnehmen kann, während sich in den meisten der außereuropäischen Weltteile eine zentralisierte freie Gewerkschaftsbewegung erst langsam zu entwickeln beginnt.

Die Beziehungen zu den Internationalen Berufssekretariaten (IBS.) waren ausgezeichnet. Die vom IGB. festgelegte Politik bezüglich des Beitritts russischer Organisationen zu den IBS. wurde voll und ganz eingehalten. Überhaupt läßt der Tätigkeitsbericht deutlich erkennen, daß der Einfluß Moskaus in den letzten drei Jahren stark zurückgegangen ist, und daß, wenn die Angriffe der Russen auch nicht völlig aufgehört haben, sie doch aufgehört haben, Eindruck zu machen.

Die Bemühungen um die Sozialgesetzgebung und die Wirtschaftsfragen waren darauf gerichtet, den Einfluß sowohl auf sozialpolitischem als auch wirtschaftlichem Gebiete zu vergrößern und besonders auf den Internationalen Arbeitskonferenzen die Interessen der Arbeiter stärker zur Anerkennung zu bringen. Die Behandlung eines internationalen sozialpolitischen Programmes sowie eines internationalen Wirtschaftsprogrammes auf dem Stockholmer Kongreß ist ein Beweis dafür, wie große Bedeutung der IGB. diesen beiden Fragen zumißt, und wie stark er bestrebt ist, auf diesen für die Arbeiterklasse wichtigsten Gebieten eine einheitliche internationale Politik herbeizuführen.

Auch der Jugendbildungsarbeit und den Arbeiterinnenfragen widmete der IGB. seine Aufmerksamkeit. Ernsthaft setzte er sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugendlichen und der Arbeiterinnen ein.

In der Berichtsperiode wurden zahlreiche Veröffentlichungen herausgegeben, die in allen Weltteilen Verbreitung fanden. Weiter stellte der IGB. eine Reihe von Erhebungen an, die vor allem einen interessanten und nützlichen Meinungsaustausch zwischen den Organisationen der angeschlossenen Länder ermöglichten.

Zum Wirtschaftsprogramm und zum sozialpolitischen Programm haben wir bereits Stellung genommen und die Kollegen darüber informiert. Auch der ADGB. hat seine Stellung dazu eingenommen. Es kommt aber nicht darauf an, daß zwei neue Programme die Weltliteratur bereichern, sondern wesentlicher ist, daß eine Grundlage zu erfolgreicher Arbeit aller freien Gewerkschaften der Welt geschaffen wird. Dabei kommt es nicht darauf an, allzusehr in Einzelheiten einzusteigen oder Forderungen aufzustellen, deren Verwirklichung weit über der Macht der freien Gewerkschaften liegt, sondern wichtiger ist, die vorhandenen Kräfte für die aufgestellten Ziele nach gegebenen Möglichkeiten auch einzusetzen. Hier scheint besseres möglich zu sein.

Einen wichtigen Teil der Verhandlungen des Parlamentes der freien Gewerkschaftswelt werden die Beratungen über Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Wahl des Generalsekretärs ausmachen. Vom Internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris 1927 konnte berichtet werden, daß die Sitzverlegung von Amsterdam beschlossen war. Seit der Tagung von Paris sind inzwischen drei Jahre verfloßen, aber die Beschlüsse warten noch immer auf ihre Ausführung. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß Amsterdam als Sitz der freien Weltgewerkschaftsbewegung auch symbolische Bedeutung hat; Amsterdam ist ein Programm. Amsterdam, nicht Moskau war auch unsere, war der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung Entscheidung. Aber jene Beschlüsse liefen auf eine lebendigere, aktivere, mächtige Gewerkschaftsinternationale hinaus. Das ist der Inhalt der Sitzverlegung des IGB.,

die der Stockholmer Kongreß vollziehen muß, wenn es lebhaft aufwärts gehen soll.

Auch die Wahl des Generalsekretärs des IGB. wird einige Schwierigkeiten bieten. Kollege Sassenbach, der lange Jahre als Sekretär des ADGB. für die deutsche Arbeiterschaft wirkte und dann in das Büro des IGB. eintrat, wünscht die Bürde, die Paris ihm auferlegte, wegen vorgerückten Alters auf jüngere Schultern zu legen. Der Wunsch ist berechtigt und bleibt nur zu hoffen, daß der neue Mann all den Anforderungen gerecht wird, die notwendigerweise an ihn gestellt werden müssen. Dem Kollegen Sassenbach neben Anerkennung aber auch Dank.

Schon die wenigen Andeutungen zeigen sicher die großen Aufgaben, die dem Parlament der freien Weltgewerkschaftsbewegung zu lösen gestellt sind. Die Weltwirtschaft ächzt in allen Fugen. Die Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel ist in einer Weise gesteigert worden, daß die erzeugten Waren gar nicht abzusetzen sind. Die Welt leidet nicht an Mangel notwendiger Lebensgüter, sondern an Überfluß. Es ist nicht zu wenig, sondern zu viel da. Trotzdem ist die Bedürfnisbefriedigung der breiten Massen völlig ungenügend. Es ist keine Übertreibung: Die breiten Massen haben Bedürfnisse über Bedürfnisse zu befriedigen. Ihnen fehlen nur die Mittel, den Segen moderner Produktion ihren Lebensbedürfnissen dienstbar zu machen. Es fehlt ihnen die nötige Kaufkraft! Nur daraus resultiert die große Arbeitslosigkeit, die fast alle kapitalistisch orientierten Länder gleich stark drückt. Aber statt Erhöhung und Stärkung der Massenkaufkraft schreit das Unternehmertum Lohnabbau und Senkung der sozialen Lasten. Man will nach üblicher Unternehmermentalität das Pferd am Schwanz aufzäumen. Daneben ist eine Lieblingsidee: Exportförderung! Aber jedes Land baut Zollschranken bis in den Himmel, weil es sich nicht durch fremde Güter ersaufen lassen will. Das muß notwendig „nationale Reibungen“ zur Folge haben. In solcher Luft wächst Moloch Militarismus nach Strich und Faden in die Breite. Vorwände sind dann schnell gegeben, daß die Flinte schießt und der Säbel haut.

Aber die Welt braucht nicht den Krieg. Dieses Bedürfnis ist reichlich gedeckt. Die Welt braucht Frieden! Und einen Güterverbrauch, der die Wirtschaft in einem normalen Gang erhält. Dann bewegen sich auch die notwendigen sozialen Anforderungen auf einer Basis, die ohne Beschwerne gut getragen werden kann. Hier ist neben den inneren Organisationsangelegenheiten die Operationsbasis des Internationalen Gewerkschaftskongresses, hier hat er sein Wirkungsfeld, hier seine Aufgaben. Möge es in Stockholm gelingen eine Basis zu finden, die den freien Gewerkschaften der Welt aktiveres Hand-in-Hand-Arbeiten ermöglicht. Dann ist es um die Wirksamkeit der freien Weltgewerkschaftsbewegung gut bestellt!

## Die Verhandlungen der Spitzenverbände zerplatzt

Wir berichteten bereits über die Verhandlungen, die auf Anregung der Unternehmer zwischen den Spitzen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften wegen der Wirtschaftskrise und der Sicherung der Unterstützung der Arbeitslosen geführt wurden. Diese Verhandlungen sind jetzt zerplatzt. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gaben bei den letzten Verhandlungen folgende Erklärung ab:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt.

Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrund der Beratung stehen.

Des Weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden.

Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhöhten Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterbehandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches von Oeynhausens, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwereisenindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinielen. Nicht minder muß es in höchstem Grade befremden, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Herr von Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unzuweilig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tarifierhöhungen zu vermeiden. Wenn einflussreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich.

Die Massenkündigungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen, trotz des Oeynhausener Schiedsspruches, den Antrag auf Entlassung von 7 Proz. ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will.

Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellen, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Öffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen.

Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind.“

Die Vertreter der Unternehmer konnten sich dem Eindruck der Schwereigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.“

Damit ist der Versuch einer direkten Verständigung zur Überwindung der Krise gescheitert.

Einer Auseinandersetzung innerhalb des Reichswirtschaftsrats stand bisher nichts im Wege und kann auch künftig stattfinden, ohne den Charakter und die Tragweite direkter Verhandlungen der Spitzenverbände zu haben.

Die Erklärung des ADGB. sagt deutlich, durch welche Ursachen die Verhandlungen scheitern mußten. An erster Stelle steht der Schiedsspruch von Oeynhausens vom 26. Mai, der den Umschwung bei den Unternehmern brachte, als diese der Verbindlichkeitserklärung sicher waren. Daß die Verkoppelung des unvermeidlichen Preisabbaues mit einer durch nichts gerechtfertigten Lohnsenkung den Verhandlungen den Boden entziehen mußte, war von vornherein klar.

Lohnabbau bedeutet Verschärfung der Krise. Es war schon deshalb ganz ausgeschlossen, daß die freien Gewerkschaften dazu ihre Hand bieten würden. Sie werden im Gegenteil mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften sich jedem Lohnabbau widersetzen und auch dadurch zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen.

## Zur schulpolitischen Lage in Thüringen

II.

Der Volksschuletat für 1930 sieht Ersparungen in Höhe von 2,1 Millionen Reichsmark vor (der Volksschuletat betrug 1924-25 40 Millionen RM., 1930-31 31 Millionen RM.). Die Klassenschülerzahl wird erhöht auf 48, die Pflichtstundenzahl der Volksschullehrer auf 32. Die Lernmittelfreiheit an Volksschulen wird erheblich beschnitten, aber doch noch so gehalten, daß z. B. Bauern mit zwei und drei Pferden für ihre Kinder die gedruckten Schulbücher vom Staat geliefert bekommen, während man sie den Kindern von kleinen Angestellten und Arbeitern nicht bewilligt.

Die Etatmittel für die höheren Schulen sehen eine Kürzung von 147 000 RM. vor. Im Großen und ganzen bleibt hier alles beim Alten, sind es ja auch Schulen, die nicht für die Massen des Volkes bestimmt sind. Natürlich erfährt der Etat der Universität Jena, die Hochburg der Thüringer Reaktion, keinerlei Kürzung. Das freie Volkshochschulwesen Thüringens erhält dafür überhaupt keine Mittel mehr. Die bekannte Heimvolkshochschule Tinz bei Gera erhält unter Bruch der Staatsverträge einen kleinen Teil der ihr zustehenden Etatmittel, so daß ihre Existenz — wenn nicht andere Instanzen eingreifen — in Frage gestellt ist. Dafür bekommen aber die nationalsozialistischen Bauernhochschulen in Berka und Neudiedorf ihren gesamten Betrieb vom Staate reichlich bezahlt.

Das Berufsschulwesen wird an den Rand der Leistungsfähigkeit gebracht. Die Etatmittel werden fast um die Hälfte gekürzt. Hunderte von noch nicht fest angestellten Gewerbelehrern hat die Regierung den bekannten blauen Brief zugeschickt. Es ist eine besondere Tragik für die Berufsschule, daß diese Gewerbelehreranwärter zum allergrößten Teile aus den praktischen Berufen hervorgegangen sind, die sich unter schweren persönlichen Opfern vier oder sechs Semester in Jena durchgehungen haben.

Die Klassenbesuchsziffern an den Berufsschulen werden erhöht auf 30 bzw. 36. Der achtstündige Unterricht soll herabgedrückt werden auf 6 Stunden für gewerbliche Lehrlinge; für Mädchen und Ungelernte soll er 4 und 5 Stunden betragen. Natürlich betrifft die Verkürzung den Unterricht in Staatsbürgerkunde und Literatur, zwei der wichtigsten Gesinnungsfächer. Die Revision der Lehrpläne in Staatsbürgerkunde und Volkswirtschaftslehre ist in Aussicht gestellt, sie wird sicher im Sinne des „Völkischen Beobachter“ erfolgen.

Alle diese Maßnahmen hat man sich vorzustellen in einem Lande mit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Thüringens und unter der Herrschaft einer extremen nationalsozialistischen Partei. Das bedeutet zunächst politisches Denunziantentum übelster Art. Aber darüber hinaus ist es die Zerschlagung eines sehr wichtigen und leistungsfähigen Schulsystems. Die Heraussetzung der Klassenschülerzahlen in Verbindung mit dem enormen Schullückgang durch den Ausfall an Geburten während der Kriegsjahre, bedeutet, daß nur in wenigen Fällen Fachklassen gebildet werden können. Hierin liegt aber gerade der Erfolg der modernen Berufsschule. Durch die Zusammenfassung einer Menge nichtverwandter Berufe in einer Klasse, nur um die erhöhte Klassenschülerzahl zu erreichen, müssen die Leistungen ungenügend sein. Die Berufsschule wird damit zur Fortbildungsschule. Der bedauernswerte Gewerbelehrer aber, der dieses Konglomerat von Berufen zu unterrichten hat, muß scheitern an seiner Aufgabe und verzweifeln an seinem Beruf. Aber all das ist absichtlich gewollt. Die Berufsschule soll kaputt gehen! Der Landbund erklärt ganz zynisch und offen: „Der ganze Schwindel der Berufsschule soll beseitigt werden!“ Die Thüringer Berufsschule hat sich dank ihrer Väter erwiesen als ein wichtiges Bildungsmittel der breiten Massen. Das aber darf nicht sein, denn es ist ein Einbruch in das

Bildungsprivileg und gefährdet die Herrschaftsverhältnisse des Kapitals.

Die Thüringer Berufsschule hatte bisher die volle Sympathie der Gewerkschaften in der richtigen Erkenntnis, daß ein schlecht ausgebildeter Arbeitnehmer ein unbrauchbarer Gewerkschafter ist. Der ADGB. protestiert in scharfen Entschlüssen gegen die Vernichtung der Berufsschule; die einzelnen Gewerkschaften protestieren, doch alles umsonst, es muß umsonst sein, denn die Schule ist eine politische Angelegenheit des Staates und somit eine politische Machtfrage. — Vergessen wir das nicht.

Karl Friedrich.

## Geringeres Arbeitseinkommen erzwingt Umsatzrückgang

Die starke Beeinträchtigung der Massenkauferkraft macht sich naturgemäß namentlich im Umsatz des Einzelhandels stark bemerkbar. Dadurch wird die Krise ganz wesentlich verschärft. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wiesen die Umsätze des Einzelhandels einen starken Rückgang gegenüber dem Vorjahr auf. Das Konjunkturinstitut schätzt den Rückgang insgesamt auf 170 bis 200 Mill. Mk. Bei Nahrungs- und Genußmitteln wird der Rückgang von 5 v. H., bei Bekleidung ein solcher von 3 v. H. und bei Kultur- und Luxusbedarf einschließlich Drogen, pharmazeutische Artikel und Kohle ein Minderumsatz im Ausmaß von 5 v. H. festgestellt. Nur bei den Posten Hausrat und Wohnbedarf wird eine Umsatzsteigerung von 6 v. H. angenommen. Dies hängt wohl mit der gestiegenen Heiratssziffer in diesem Jahr zusammen. Am auffallendsten dürfte die Verminderung der Umsätze bei den Lebensmitteln sein. Lebensmittel gehören zu den unbedingt notwendigen Konsumartikeln. Wenn hierin ein Rückgang zu verzeichnen ist, dann muß das Massenelend schon sehr groß sein. Auch an Hand der Umsätze und der Kundenzahl in Warenhäusern wird ein sehr bedeutender Wandel festgestellt. Sowohl die Kundenzahl als auch die Umsätze gingen zurück. Ein wesentlich stärkerer Rückgang war bei letzterem festzustellen. Die Aussichten für das Sommergeschäft werden ebenfalls ungünstig beurteilt. Diese ungünstige Voraussicht kann sich allerdings in wesentlich geringerem Maße auswirken, wenn der Rückgang der Preise sich dem Rückgang der Massenkauferkraft angleicht oder noch darüber hinausgeht. Das Konjunkturinstitut bemerkt hierzu in seinem Wochenbericht Nr. 11: „Sollte sich der Preisrückgang im Einzelhandel soweit verstärken, daß dadurch eine Steigerung der Umsatzmengen erreicht wird, so dürfte damit eine der ersten Voraussetzungen für die Überwindung des Konjunkturrückganges gegeben sein. Diese Entwicklung wird allerdings gehemmt werden, wenn durch das neue Finanzprogramm das Nettoeinkommen weiterer Käufer-schichten geschmälert wird.“

## Anstatt Preissenkung Brotverteuerung

In einzelnen Städten gehen die Bäcker dazu über, die Brot- und die Gebäckpreise zu erhöhen. Und dies ausgerechnet zu einer Zeit, wo über das Thema Preissenkung Fässer voll Tinte geschrieben und Lohnsenkungen in verschiedenen Bezirken von den Unternehmern durchgeführt werden. So ist beispielsweise in Frankfurt a. M. der Brotpreis von 60 auf 65 Pf. bei Mischbrot, von 58 auf 60 Pf. bei reinem Roggenbrot durchgeführt worden. Dies ist geschehen, um eine „Anpassung“ der Brot- und Gebäckpreise an die gestiegenen Getreidepreise durchzuführen. Die „Frankfurter Zeitung“ befindet sich durchaus im Recht, wenn sie zu einer derartigen Maßnahme folgendes schreibt: „Daß das Frankfurter Bäckergewerbe in dieser Zeit schwerster Entbehrung der meisten Volksschichten und größter Arbeitslosigkeit, in einer Zeit, in der Preissenkung eine allgemeine und volkswirtschaftlich wichtige Parole ist den Mut besitzt, seinerseits zu einer Brotpreiserhöhung zu schreiten, ist wahrhaft verblüffend. Daß es den Mut besitzt, die Verbraucher durch eine Preissteigerung für das wichtigste Nahrungsmittel zu belasten, statt eine kleine Schmälierung seiner Verdienstspanne auf sich zu nehmen, die möglicherweise durch die bei gesunkenem Roggenmehlpriese gleichzeitig gestiegenen Weizenmehlpriese entstehen könnte — das gehört angesichts der respektablen Höhe dieser Verdienstspanne, wie sie zu mindestens seit fast einem Jahre besteht, zu dem Erstaunlichsten, was unsere an Erstaunlichem wirklich nicht arme Gegenwart zu bieten hat. Es wird von größtem Interesse sein zu erfahren, ob das Bäckergewerbe auch in anderen Städten den gleichen verblüffenden Mut aufbringt, den es soeben in Frankfurt an den Tag gelegt hat.“

Ein solches Vorgehen, wie das der Frankfurter Bäckermeister, gehört in der Tat zu dem Erstaunlichsten, was man in letzter Zeit erlebt hat. Da diese Maßnahme nicht allein steht, kann sich jeder einen Begriff machen, auf welche Art und Weise bestimmte Kreise zu der Preissenkungsbewegung beizutragen gedenken.

# RECHT UND GESETZ

## Unfälle im Jahre 1928

Von HoF.

Die Berufsgefahren steigen von Jahr zu Jahr. Aufklärung der Arbeitnehmer über die Unfallgefahren helfen nicht allein und müssen innerhalb des Betriebes bei dem herrschenden Tempo der Arbeit versagen. Täglich ereignen sich viele Unfälle und werden tausende von vorher vollwertigen Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Not und Elend kommen dann in die davon betroffenen Familien. Leidet doch bei einem Unfälle nicht allein der Verletzte unter den Nachwirkungen des Unfalles, sondern durch die ungenügende Entschädigung des Arbeiters bei einem Unfälle, entbehrt zwangsläufig die ganze Familie durch die starke Kürzung der Einkünfte.

Bei einer genauen vergleichenden Betrachtung der nachfolgenden Unfallzahlen scheint der Ruf: „Helft Unfälle verhüten!“, bei den Konstrukteuren der Maschinen doch nicht die Beachtung zu finden, wie es im Interesse der Arbeitnehmer und der gesamten Wirtschaft notwendig erscheint. Ein großer Prozentsatz der Unfälle läßt sich zwangsläufig durch das steigende Tempo der Arbeit erklären. Die Anforderungen, die jeden Tag an die Leistungsfähigkeit des einzelnen gestellt werden, untergraben die schärfste Aufmerksamkeit und Vorsicht gegenüber den Gefahren der Arbeitsstätte. Die Furcht vor Entlassung zwingt zur Höchstleistung und Hergabe sämtlicher vorhandenen Kräfte. Die dann auftretenden Müdigkeitserscheinungen sind der Nährboden der Unfälle. „Unvorsichtigkeit“ heißt es dann in der Unfallanzeige.

Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamtes sind für die Unfallstatistik für das Jahr 1928: 956 006 Betriebe erfaßt mit 11 238 832 versicherten Personen. 1927 waren es dagegen 916 925 Betriebe mit 10 711 769 Versicherten. Gegenüber dem Jahre 1927 sind es im Jahre 1928: 39 081, das sind 4,26 Proz. mehr Betriebe und 521 063, das sind 4,92 Proz. mehr Versicherte.

Auf tausend versicherte Pers. entfielen	1927	1928
vorgekommene Unfälle	77,37	82,23
davon entschädigte Unfälle	4,97	5,02
tödliche Unfälle	0,42	0,41
Auf tausend Vollarbeiter entfielen:		
vorgekommene Unfälle	87,49	92,94
davon entschädigte Unfälle	5,62	5,68
tödliche Unfälle	0,47	0,46

Unfälle sind insgesamt passiert und angezeigt worden 924 222, entschädigt wurden 56 469, davon tödliche Unfälle 4621. Das ergibt eine Steigerung gegenüber dem Jahre 1927 bei den Gesamtunfällen um 11,52 Proz., bei den entschädigten Unfällen um 5,98 Proz. und bei den tödlichen Unfällen um 3,01 Proz. (Die entschädigten Unfälle sind nachfolgend in Klammern aufgeführt.)

Im Transportgewerbe im ganzen 246 562 (12 768), tödliche 1428 Unfälle, davon Augenverletzungen 116, durch Ertrinken 266, Verbrennungen 1303. Unfälle an Arbeitsmaschinen zusammen 120 216 (11 207), tödlich 209; an Augenverletzungen 1423, Verbrennungen 1693. Unfälle durch Sturz und Fall von Leitern, Treppen, Stiegen, aus Luken oder in Bodenvertiefungen 125 753 (9642), tödlich 657; an Augenverletzungen 256, Verbrennungen 571, Ertrinken 16.

Unfälle auf dem Wege zur und von der Arbeitsstätte 51 118 (4458), tödlich 542. Die Aufteilung der Unfälle ergibt folgendes Bild:

1. Als Fußgänger, ohne Schuld anderer Personen. Unfälle 14 270 (1069), tödlich 55, davon 18 als nichtentschädigungspflichtig abgelehnt.
2. Als Fußgänger durch die Schuld anderer Personen. Unfälle 4090 (563), tödlich 111, davon 13 als nicht entschädigungspflichtig abgelehnt.
3. Als Radfahrer, durch Sturz, ohne Schuld anderer Personen. Unfälle 17 722 (1122), tödlich 83, davon 18 als nicht entschädigungspflichtig abgelehnt.
4. Als Radfahrer, im Zusammenstoß oder Überfahren durch Schuld anderer Personen. Unfälle 9968 (1157), tödlich 195, davon 11 als nicht entschädigungspflichtig abgelehnt.
5. Als Insasse eines Fahrzeuges (Auto, Straßen- und Eisenbahn). Unfälle 5042 (547), tödlich 97, davon 22 als nicht entschädigungspflichtig abgelehnt.

In den graphischen Berufen sind 7757 (495) Unfälle vorgekommen, dabei 3 tödliche. Auf die einzelnen Berufszweige verteilen sich diese Unfälle folgendermaßen:

Unfälle an den Setzmaschinen und deren Hilfsapparate 259 (7), davon Augenverletzungen 23, Verbrennungen 49.

An den Stereotypemaschinen und Hilfsapparaten 504 (19) Unfälle, an Augenverletzungen 31, Verbrennungen 131.

In Schriftgießereien 70 (2) Unfälle, Augenverletzungen 11, Verbrennungen 19.

An Tiegeldruckpressen haben sich 525 (64) Unfälle ereignet; davon an Form und Tiegel 231 (45), am Farbwerk und den Walzen 90 (4).

Buchdruckschnellpressen haben 677 (65) Unfälle, davon 1 tödlich, verursacht. Die Gefahrenherde sind: Am Zylinder 72 (11), am Greifer 83 (2), am Anlegeapparat 109 (8), an Form und Walzen 56 (19).

An Rotationsmaschinen 306 (28) Unfälle; davon an Farb- und Führungswalzen 79 (12), an der Papiereinführung 56 (5).

An Offsetpressen sind vorgekommen 188 (16) Unfälle; am Plattenzylinder und am Feuchtwerk 26 (4), an den Farbwalzen 13 (—), am Greifer 33 (1), am Anlegeapparat 6 (—), am Auslege- und Falzapparat 36 (3), an Zahn- und Kettenrädern 25 (4) und sonstige Unfälle 43 (2).

An Tiefdruckschnellpressen 97 (8) Unfälle, davon am Zylinder 13 (4), am Raket 15 (—), am Greifer 9 (—), an Zahnrädern und dem Getriebe 4 (1), an Anlegeapparaten 14 (—) und sonstige Unfälle 32 (2).

An Zinkdruckrotationsmaschinen sind 2 (—) Unfälle vorgekommen.

An Stein-, Licht-, Kupfer- und Zinkdruck-schnellpressen haben sich 122 (4) Unfälle ereignet; am Greifer 11 (—), am Druckzylinder 11 (1), an Farb- und Feuchtwerken 18 (1), am Anlegeschich 12 (1), am Schwungrad und Riemen 5 (—) und sonstige 35 (—).

An Handpressen, auch mit Kraftbetrieb, 119 (—) Unfälle.

An Tapetendruckmaschinen 41 (1) Unfälle, davon an Zahnrädern 15 (1), am Zylinder und den Walzen 20 (—).

An den Papierschneidemaschinen sind 849 (74) Unfälle vorgekommen, davon 1 tödlich. Am Messer allein haben sich 488 (45) Unfälle ereignet.

An den Farbreibmaschinen 33 (5); an Bronziermaschinen 22 (—); an den Puder- und Abstaubmaschinen 15 (1) Unfälle.

Ein besonderes Kapitel der Berufsgefahren bilden die Berufskrankheiten, Erkrankungen, die durch die Tätigkeit des einzelnen in bestimmten Betrieben, wie durch Beschäftigung mit verschiedenen Metallen, Mineralien und Giften entstehen. Was bei der nachfolgenden Betrachtung der Zahlen vor allem auffällt, ist der hohe Satz der vorgekommenen Erkrankungen und die geringe Zahl derjenigen, die auf Grund einer nachgewiesenen Erkrankung an Berufskrankheiten entschädigt worden sind. Berufskrankheiten sind gemeldet worden in 3441 Fällen, entschädigt wurden 294, tödlich 31 Fälle. Von diesen 31 tödlichen Erkrankungen sind nur 8 Fälle anerkannt, 23 Fälle dagegen als nicht entschädigungspflichtig vom Reichsversicherungsamt abgelehnt worden.

Die Gliederung in die einzelnen Gefahrengelbete ergeben folgendes Bild:

Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen 2604 (217), tödlich 16, davon sind nur 4 Fälle als entschädigungspflichtig anerkannt worden.

Erkrankungen durch Phosphor 1 (—).

Erkrankungen durch Quecksilber und seine Verbindungen 62 (5).

Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen 5 (1).

Erkrankungen durch Verbindungen des Mangans 4 (1).

Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologen, Nitro- und Anidoverbindungen der aromatischen Reihe 78 (3).

Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff 11 (1).

Erkrankungen durch Schwefelwasserstoff 1 (1).

Erkrankungen durch Röntgenstrahlen und andere strahlende Energie 3 (1), tödlich 1, aber nicht als entschädigungspflichtig anerkannt.

Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch Galvanisierungsarbeiten 16 (1).

Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch exotische Holzarten 2 (—).

Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch Ruß, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe 22 (1).

Schwere Staublungenerkrankungen (Silikose) 118 (4), tödlich 8, davon 7 als nicht entschädigungspflichtig abgelehnt.

Durch Lärm verursachte Taubheit 2 (1). Grauer Star 89 (46).

Die medizinische Wissenschaft ist sich in der Betrachtung der Krankheitsbilder von Berufskrankheiten noch nicht einig und so liegt die Entscheidung in jedem einzelnen Falle nur an den theoretischen ärztlichen Gutachten und der persönlichen Einstellung des ärztlichen Wissenschaftlers. Erschreckend noch ist die Zahl derjenigen,

die auf Grund ihrer Beschäftigung unter Berufs-krankheiten leiden, außergewöhnlich gering ist aber die Zahl derjenigen, die als Opfer ihrer Berufsarbeit eine Entschädigung erhalten.

In diesem Falle, wie auch bei allen vorkommenden Unfällen kann sich jeder einzelne Arbeitnehmer gegen eine Nichtentschädigung nur so schützen, daß er jeden vorkommenden Unfall oder jede körperliche Beschwerde im Falle einer Berufs-krankheit, sofort dem Arzt, dem Betriebsrat oder der Geschäftsleitung anzeigt, damit der Nachweis der Erkrankung oder des Unfalles protokolllarisch festgelegt wird und so Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden, die die Erlangung einer Rente rechtlich unmöglich machen. Jeder Kollege muß daher, selbst bei den kleinsten und unscheinbarsten Unfällen sich nach Zeugen sofort umsehen, damit er für alle späteren Eventualitäten gesichert ist und ihm der Nachweis des vorgekommenen Unfalles oder der Vergiftung gelingt.

## Reform der Krankenversicherung

Im Rahmen ihres Sparprogramms hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf über Änderungen in der Krankenversicherung aufgestellt. Der Entwurf beschäftigt zur Zeit den Reichsrat und wird in den nächsten Tagen bereits dem Reichstag zur beschleunigten Verabschiedung zugehen. Aus diesem Anlaß hatte der Hauptverband deutscher Krankenkassen, der mehr als zwölf Millionen Versicherte verkörpert, zum 26. Juni nach Berlin eine Kundgebung der deutschen Krankenkassen einberufen. Mehr als fünfhundert Vertreter von Krankenkassen aus allen Teilen des Reiches sowie zahlreiche Vertreter von Behörden, Mitglieder der Parlamente und der Presse hatten der Einladung Folge geleistet. Der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes, Helmut Lehmann, schilderte in einem groß angelegten Referat die Mängel und Vorzüge des Gesetzentwurfes. Nach einer lebhaften Aussprache schloß die Kundgebung mit der Annahme nachstehender Entschliebung:

„Die am 26. Juni 1930 in Berlin zu einer Kundgebung versammelten Landesverbände des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Versicherten schwerste Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung.“

Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschläge grobenteils unberücksichtigt.

Statt dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenscheinegebühr, die schon durch ihre Häufung untragbar ist. Die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung, den Kranken schnelle und stets bereite Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt.

Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform des kassenärztlichen Dienstes und die beabsichtigten Vereinfachungen sichern völlig die von der Reichsregierung als notwendig bezeichneten Ersparnisse.

Die geplante weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts ist ungerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören.

Dagegen läßt der Entwurf die dringend notwendige Vereinfachung in der Organisation durch Beseitigung der Zwergkassen und durch Bildung von Pflichtkassenverbänden bedauerlicherweise vermissen.

An den Reichstag richten die Versammelten die dringende Bitte, ihre auf Grund jahrzehntelanger tätiger Mitarbeit kundgegebenen Wünsche nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfes zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerecht werdenden Reform der Krankenversicherung.“

Die Einschränkung der Leistungen besteht insbesondere darin, daß 50 Pf. Arzneikostenanteil vom Kranken getragen werden soll. Für einen Krankenschein soll eine Gebühr von 1,— Mk. von Versicherten erhoben werden. Bei Gehaltszahlung soll es kein Krankengeld mehr geben. Der Höchstgrundlohn soll auf 9,— Mk. herabgesetzt und das Krankengeld auf 50 Proz. des Grundlohnes festgesetzt werden. Weiter soll eine Wartezeit von drei Werktagen für Krankengeldbezug und eine Neueregung des kassenärztlichen Dienstes durchgeführt werden und eine Verminderung der Rücklagen erfolgen. Auch gegen diese soziale Reaktion gibt es nur eins für die Arbeiterschaft: Kräftige Abwehr!

# VERBAND UND BERUF

## Bekanntmachung

Die Lithographische Kunstanstalt und Papierwarenfabrik G. m. b. H. Schramberg (Württbg.) hat ihre Tarifanerkennung zurückgezogen. Sie gilt für organisierte Gehilfen als gesperrt.

Der Verbandsvorstand.

## Der Tanz um den Lohn geht los!

Daß mit der Abwehr des 10prozentigen Lohnabbaues bei den Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe der Kampf um den Lohn noch nicht abgeschlossen war, konnte sich schließlich jeder Kollege denken. Die von der Spitze der Unternehmerverbände inszenierte Hetze gegen die angeblichen hohen Löhne wäre im graphischen Gewerbe auch zu schmächtig verpufft. Dazu liegt aber die Situation für die Unternehmer zu günstig. Die tiefgehende Wirtschaftskrise mit ihrer langanhaltenden, riesengroßen Arbeitslosigkeit und den Finanznöten des Reiches, der Länder und der Gemeinden scheint den passionierten Lohnabbauern eine zu gute Gelegenheit für frisch-fröhliches Tun, als daß sie so schnell zurückhüpfen. Was hätte auch sonst das viele Geschreibsel des literarischen Haufens des Kapitals gegen die untragbaren Löhne der Träger der ganzen Wirtschaft und Gesellschaft gehabt? Man will jetzt unter allen Umständen einen Abbau der Löhne erreichen und redet deshalb fuchsschlau auch von einem Preisabbau.

Mit dem verbindlich erklärten Schiedsspruch in der Nordwestgruppe der Metallindustrie, der einen Lohnabbau dekretiert, haben die Lohnabbauer Hilfe erhalten. Ein neuer Husarenritt gegen den Arbeiterlohn hat begonnen. Natürlich wollen die Unternehmer des graphischen Gewerbes dabei nicht zurückstehen. Da auf der Verhandlungsbasis von Partei zu Partei nichts zu erreichen war, setzen nunmehr die Einzelkämpfe ein. Leipzig und Düsseldorf machen dabei Hahnemann. In Leipzig ist es die Firma J. J. Weber, die der Belegschaft mitteilte, daß sie einen Lohnabbau vornehmen wolle. Die Matthes Fischer-Werke in Düsseldorf-Oberkassel wollen das gleiche. Ab 30. Juni sollte eine 10prozentige Lohnkürzung erfolgen. Selbstverständlich lehnten die Lithographen und Steindrucker ab, worauf die Kündigung erfolgte. Der Fehdehandschuh ist von der Organisation selbstverständlich aufgegriffen worden. Was aus den beiden Kindern wird, bleibt abzuwarten.

Mit diesen beiden Einzelangriffen auf den Lohn der Kollegen dürfte der Kampf um den Erhalt der bisher erreichten Lohnhöhe kaum abgeschlossen sein. Berechtigter ist anzunehmen, daß weitere Einzelangriffe folgen. Lassen wir die Sache an uns herankommen ohne nach berühmtem Muster zu prahlen: Hier werden Kriegserklärungen angenommen! Der Abwehrkampf wird vom Verbandsrat mit denselben Mitteln geführt, mit denen die Unternehmer angreifen. Den Abwehrkampf führt also der Verband! Es hat deshalb kein Kollege das Recht, Einzelverhandlungen auf Lohnabbau zu führen. Die Verbandsinstanzen sind: Mitgliedschaftsvorstand—Gauleitung—Verbandsvorstand. Selbstverständlich ist, daß der Verbandsvorstand von allen Vorgängen sofort zu unterrichten ist, wie ebenso selbstverständlich ist, daß die Führung der Abwehr ausschließlich in den Händen des Verbandsvorstandes liegt. Das heißt ganz insbesondere: Ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes darf von den Kollegen kein Betrieb stillgelegt werden!

Kollegen! Der Kampf um den Lohn rückt anscheinend in sein aktives Stadium ein. Jetzt gilt es Disziplin zu halten! Ohne Verständigung mit der Gau- und Verbandsleitung wird nichts unternommen. Wir haben Zeit! In der Geschlossenheit der Abwehr liegt unsere Stärke und unser Erfolg. Denke jeder daran!

## Gegen das Klingelputzen!

Nach den Bestimmungen des Tarifes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe sind notwendige Arbeitskräfte in erster Linie vom behördlichen Arbeitsnachweis anzufordern. Für die Kollegen der anderen Berufe bestehen tarifliche Arbeitsnachweise, denen ebenfalls die Verpflichtung auferlegt ist, erforderliche Arbeitskräfte zu vermitteln. Für alle Berufe ist also für die Vermittlung von Arbeitskräften hinreichend gesorgt, so daß jede andere Art der Erlangung von Stellen ein Tarifvergehen ist. Letzteres ist besonders in Beachtung zu ziehen. Denn die geordnete Vermittlung von Arbeitskräften durch paritätische Ar-

beitsnachweise ist lange Gegenstand des Kampfes der Arbeiterschaft gewesen. Er ging darum, den bestimmenden Einfluß der Unternehmer besonders auf die Höhe des Lohnes zu mindern. Deshalb wurde auch mit aller Schärfe gegen das Abklappern der Buden Stellung genommen, denn am Ende solcher Stellungssuche lag zumeist ein Lohndruck.

Wie aus uns zugegangenen Berichten hervorgeht, scheint das Abklappern der Buden wieder in Gang kommen zu wollen. Wir betonen deshalb: *Das Umschauhalten nach Arbeit ist nicht gestattet!* Die Folgen des Umschauhaltens liegen offen zutage. Die Absicht der Unternehmer, die Löhne zu drücken, erhält durch das Umschauhalten nur neuen Anreiz. Die Kollegen handeln deshalb nur in purem Eigeninteresse, wenn sie auf solche Disziplinbrecher ein gutes Auge haben und ihnen zeigen, wo Bartel den Most holt.

Aber nicht nur das allein. Die Kollegen schützen sich damit auch vor Elementen, die in verbrechlicher Weise die Solidarität der Kollegen auszunutzen suchen. Wie weiter berichtet wird, bedienen sich diese Elemente gefälschter Schriftstücke, die angeblich Anweisungen des Mitgliedschaftsvorstandes sind, in dem betreffenden Geschäft nach Arbeit anzufragen. Solche Anweisungen stellt kein Mitgliedschaftsvorsitzender aus! Sie sind einfach gefälscht und deshalb jedem Vorzeiger in jedem Falle abzunehmen.

Zumeist geht es den Elementen, die mit gefälschten Anweisungen hausieren gehen, gar nicht darum, eine Arbeitsstelle zu bekommen, sondern darum, die Kollegen zu rupfen. Das wird dann wie folgt gemacht: Der Betreffende läßt sich den Vertrauensmann, ehe er ins Kontor geht, rufen und behauptet, im Auftrage des Ortsvorsitzenden hier nach Arbeit anzufragen. Im Augenblick ist natürlich zumeist keine Aussicht Arbeit zu bekommen. Das ist dem Vertrauensmann bekannt und er macht kein Hehl daraus. Jetzt blüht der Weizen des Schwinders, denn die Sachlage ist reif, eine Bettelei mit Erfolg einzuleiten. Die Kollegen sind auch zumeist gutmütig genug und geben erneut. Gewiß soll denen, die die große Arbeitslosigkeit auf die Landstraße treibt, unsere Hilfe nicht versagt sein. Was zu tun möglich ist, geschieht schon. Wer sich aber auf Klingelputzen verlegt und wesentlich mit dazu beiträgt, unsere Lohnverhältnisse zu verschlechtern, ist ein Schädling und hat sich die Solidarität der Arbeiterschaft verschert. Es kann nichts anderes geben und gibt nichts anderes: Budenabklappen ist verboten!

## Deutsche Kollegen, Achtung!

Die Photo Engravers Union in Chicago veröffentlicht in ihrer Aprilausgabe folgende Zeilen:

„Der genarrte Ausländer.“

Die Curt Teich Co. bekommt beständig Ausländer (meist Deutsche) als Arbeiter in ihr Geschäft. Von einigen dieser Männer und jungen Leute haben wir erfahren, daß die durchschnittliche Bezahlung in Deutschland 80 Mk. für junge Tiefdrucker beträgt. Die Curt Teich Co. bekommt diese jungen Leute für 25 Dollar die Woche, was so annähernd 100 Mk. sind. Diese Arbeiter kommen nach unserem Lande und finden heraus, daß sie 20 Mk. mehr bekommen als in ihrem alten Lande, aber in Wirklichkeit verdienen sie nicht so viel Geld als zu Hause. Gerade solche Firmen sind es, die zur Verschlechterung der Prosperität unseres Landes beitragen.

Sie veranlassen diese jungen Leute Kontrakte zu unterzeichnen, versichern ihnen eine Geldprämie nach Ablauf des Kontraktes und dann verabschieden sie diese Leute ohne irgendeinen Teil der Prämie. Es ist auch vorgekommen, wenigstens bei einem jungen Mann, daß er ins Gesicht geschlagen wurde, weil Mr. Teich bei schlechter Laune war.“

Dieser Bericht sollte jeden Steindrucker ebenso interessieren wie jeden im Tiefdruck Arbeitenden. Die Curt Teich Co. beschäftigt auch Steindrucker und ich sprach neulich mit einem jungen Ausländer, welcher dort arbeitet als Lehrling in der Lithographie. Er wurde auch gefragt, ob er einen Kontrakt auf vier Jahre unterzeichnen will, bei einem Anfangslohn von zwölf Dollar die Woche, und das, obgleich er schon Erfahrung im Beruf hatte. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, jede Woche 2 Dollar einzubehalten während der 4 Jahre hindurch. Am Ende dieser Zeit würde er vierhundert und einige Dollar sicher haben. (Wenn die Firma noch existiert.) Das ist derselbe Konzern, der Onkel Sam schon während des Krieges soviel Schwierigkeiten bereitet hat. Sch.

## Lithographiesteine

Der Reichsverband der Deutschen Steinindustrie hat an sämtliche Reichsministerien eine Denkschrift über die Notlage der deutschen Steinindustrie gerichtet, in der bittere Klage darüber geführt wird, daß zu wenig Lithographiesteine gekauft werden. Die Lage der Lithographiesteinindustrie habe sich, so heißt es darin, katastrophal verschlechtert. Der Absatz nach dem Auslande sei erheblich zurückgegangen, von durchschnittlich 6000 Tonnen in der Vorkriegszeit auf 2000 Tonnen im Jahresdurchschnitt 1926 bis 1929. Vor dem Kriege wurde der größte Teil der gewonnenen Solihofe Lithographiesteine, der ein Monopolarartikel sei und in gleichwertiger Art nirgends in der Welt gewonnen wird, nach allen Kulturländern ausgeführt. Heute sind zwei Hauptbezugsländer, Rußland und die Vereinigten Staaten, völlig von dem Bezuge ausgeschieden. Bei den Vereinigten Staaten sei die Ausschaltung des Bezuges deutscher Lithographiesteine auf den Krieg zurückzuführen. Die Amerikaner hätten sich auf mechanische und maschinelle Druckverfahren mit Offsetmaschinen umgestellt. Auch in Deutschland sei die Umstellung in vollem Gange. Durch den Zinkdruck und Offsetdruck werde der Lithographiestein verdrängt. Im Inland seien die Flachdruckmaschinen von 4351 im Jahre 1913 auf 2820 im Jahre 1928 zurückgegangen, während die Offsetmaschinen von 84 auf 1481 gestiegen seien.

Die Denkschrift stellt die Lage schwärzer dar als sie ist. Immerhin sind manche Angaben darin beachtlich, weil sie zutreffend sind. Der Lithographiestein kann aus dem Vervielfältigungsverfahren nicht verdrängt werden, dazu ist seine Stellung viel zu fest verankert. Bei der rasenden Umstellung in den letzten Jahren ist ihm allerdings etwas Abbruch getan worden, doch dürfte sich bei wieder eintretender ruhiger Entwicklung manches zu seinem Gunsten verschleben. Daß das Auslandsgeschäft verdorben ist, ist nicht zuletzt eine Schuld der kaiserlichen Regierung. N.

## Hermann Müller 25 Jahre beim ADGB.

Kollege Hermann Müller, der viele Jahre ehrenamtlich stellvertretender Vorsitzender unseres Verbandes war, konnte am 1. Juli auf 25jährige Dienstzeit in der Zentralstelle der deutschen freien Gewerkschaften zurückblicken. Denn am 1. Juli 1905 trat Hermann Müller in das Zentralarbeitssekretariat und damit in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ein. Aber Zentralarbeitssekretär ist er nicht geblieben. Im Jahre 1922 trat Hermann Müller in die Redaktion des „Korrespondenzblattes“, jetzt „Gewerkschaftszeitung“, ein, in der er bis 1924 verblieb. Dann begann seine Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der er heute noch ist. Neben der Leitung des Büros hat ihn der Vorstand des ADGB, besonders die Mitarbeit im Verwaltungsausschuß des Internationalen Arbeitsamtes in Genf übertragen. Wie immer, hat Hermann Müller auch hier seine ganze Kraft für das Wohlergehen der Arbeiterschaft eingesetzt. Und daß Kollege Müller noch recht lange die Kraft haben möge, im Dienste der Arbeiterschaft wirken zu können, das ist unser Wunsch zu seinem Dienstjubiläum.

## Der neue Vorstand des Schutzverbandes

Der Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer hielt, wie bereits von uns berichtet wurde, seine ordentliche Mitgliederversammlung am 1. Juni in Aachen ab. Die Versammlung nahm auch zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen Stellung. Der darüber im „Steindruckgewerbe“ erschienene Bericht gibt Veranlassung, dazu noch gesondert Stellung zu nehmen. In dieser Versammlung wurde auch die Neuwahl des Vorstandes des Schutzverbandes vorgenommen. Das Ergebnis ist folgendes:

Vorsitzender:

Dir. William Wolff, in Fa. Schwerdtfeger & Co., Berlin.

Stellvertreter:

Dr. Louis Hagelberg, Berlin.

Beisitzer sind:

Wilhelm Meißner, in Fa. Meißner & Buch, Leipzig.

Dir. C. Heymann, Berlin.

Dir. Dagobert Budwig, in Fa. Berlin-Neuroder

Kunstanstalten AG., Berlin,

Kommerzienrat Karl Schmidt, in Fa. Troeger

& Bücking, Nürnberg.

Als Stellvertreter fungieren:

A. C. Oheim, in Fa. E. Gerasch, Leipzig,

Dr. B. Saaler, in Fa. Prager & Lojda, Berlin,

Geh. Kommerzienrat Schmitt-Prym, in Fa. Bunt-

papierfabrik AG., Aschaffenburg,

Dr. Edler, in Fa. Edler & Kriche, Hannover,

Scholem, in Fa. A. Scholem, Berlin.

# JUGENDHILFE

## Um den Aufstieg vom Beruf

Kürzlich trafen die in den Verbandsvorständen und in den Bezirken des ADGB. tätigen Jugendleiter zu einer Konferenz in Bernau zusammen, um organisatorische Angelegenheiten zu erörtern und um sich mit der veränderten Situation auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens zu befassen.

Genosse Dr. Staudinger, Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, hatte zu dem Punkt: „Aufstieg vom Beruf“ die einleitenden Ausführungen übernommen, denen etwa folgende Gedankengänge zugrunde lagen:

Bei der Kritik unserer Zeit werden die Fragen des Arbeiteraufstiegs und des um sich greifenden Berechtigungswesens mehr und mehr erörtert. Bitter empfindet es die Arbeiterschaft, daß vor und nach der Revolution nichts wesentlich Neues für die Aufstiegsmöglichkeit ihrer Kinder geschaffen wurde. Noch immer entscheide der Geldbeutel und nicht die Begabung darüber, wer die höhere Schule oder die Universität besuchen könne. An den vorhandenen geringen Aufstiegsmöglichkeiten nehme die Arbeiterschaft einen verhältnismäßig kleinen Anteil. Nur 2 bis 3 v. H. der Studierenden unserer Hochschulen entstammen Arbeiterkreisen.

19 bis 20 v. H. der Universitätsstudierenden dagegen stellten bürgerliche Schichten, die über gleich geringes Einkommen verfügten. Seien also die Arbeiterkinder unbegabter? In erster Linie sei für diese Mißverhältnisse einerseits die geringe Zahl und die Art der Vergebung der Erziehungsbeihilfen und andererseits eine gerade für die Begabungsentwicklung des Arbeiterkindes ungünstige Erziehungsmethode schuld. Neben den Schulgeld- und Lehrmittelvergütungen kämen für Eltern, die auf die Mitarbeit des Kindes in der Familie zeitig angewiesen seien, Unterhaltungszuschüsse in Frage. Außer der unbedingt notwendigen Erhöhung der Stipendien bestehe schon die Schwierigkeit, Schulen und Lehrstab zu erweitern, wachse die Gefahr der Überfüllung der höheren Schulen und Hochschulen. Bereits heute klagten Angestelltenverbände über den Druck, den die arbeitsuchenden übersetzten Akademikerschichten auf den Arbeitsmarkt der Angestelltenberufe übten. Um das akademische Proletariat einzuschränken, um also auch hier Unsummen für die Erziehung aufgewandten Kapitals nicht falsch anzulegen, sei erste Voraussetzung die Einschränkung der Aufnahme von Schülern an den höheren Lehranstalten überhaupt. Wirksamstes Mittel sei Auslese der Begabten in Übergangsklassen von der Volksschule zur höheren Schule. Begabten Schülern minderbemittelter Eltern gehörten Stipendien, unbegabte Bemittelte hätten keinen Anspruch auf die Schulen, die schließlich von Kommunen und Staat mit großem Aufwand unterhalten würden. Schülern, deren Begabung sich erst in späteren Jahren entfalte, sollte die Möglichkeit zum Aufstieg nicht versperrt sein. Denn bei den Berufen, wie bei den Hochschulen müßten Eignungsprüfungen auch denen die Pforte öffnen, die nicht die normale Erziehungslaufbahn genommen hätten.

Wolle man den Arbeiteraufstieg ernstlich, so müsse man auch eine Änderung unserer bisherigen Erziehungsmethoden anbahnen. Das Arbeiterkind sei in der Kinderfamilie der Straße mehr nach der realen anschaulichen Seite hin entwickelt. Das Kind bürgerlicher Eltern bringe eine stärkere formale begriffliche Entfaltung mit, die oft durch ausgesprochenes Selbstbewußtsein gefördert sei. Durch neue Erziehungsmethoden — z. B. Werkunterricht — müsse ein Ausgleich geschaffen werden. Man solle nicht soweit gehen, wegen dieser Unterschiedlichkeit der Vorbildung reine Aufstiegsschulen für Arbeiterkinder oder Arbeiteruniversitäten zu fordern. Der Arbeiterjugend auf den höheren Schulen und vor allem auf den Universitäten müsse vielmehr ein Zusammenhalt geschaffen werden. Geeignete Räume zu gemeinsamer Erholung und für die notwendige Ruhe bei den Hausarbeiten könnten hierzu beitragen.

Das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegenüber Lehrern und akademischen Berufen sei heute noch über groß. Gerade deshalb müsse der Aufstieg von Menschen gefördert werden, die inneres Verständnis für die Nöte der Arbeiterschaft aus eigenem Erleben hätten. Tiefe Zweifel seien vorhanden, ob nicht durch die heutigen, oft verständnislosen Erzieher die Arbeiterjugend zu Anschauungen erzogen werde, die im Gegensatz zu denen ihrer Eltern stünden. Daher sei nach wie vor gerade auf die Auswahl und vor allem auf die Ausbildung unserer Volkserzieher besonders Bedacht zu nehmen.

Der heutigen Ausbildung unserer Lehrkräfte stehe die Arbeiterschaft mit großen Befürchtungen

gegenüber. Wohl seien die Studienpläne verbessert, der Pädagogik, praktischen Übungen mehr Raum wie früher gegeben — aber im Zuge des zunehmenden Berechtigungswesens habe man die Ausbildung unseres Volksschullehrers in der Hauptsache an die Voraussetzungen des Abiturs geknüpft. Auch diese Volkserzieher würden heute Schichten entnommen, die in von der Arbeiterschaft abgelehnten gesellschaftlichen und politischen Gedankengängen lebten. Das zunehmende Berechtigungswesen sei eine Chinesierung des Volkes. Unverständlich sei, daß neben das Abitur, die höhere Reife, noch eine mittlere Reife gesetzt werden solle. Man verleihe damit Verwahrung und Wirtschaft dazu, für ihre leitenden Kräfte und Beamten eine einseitige Normalbildung zu verlangen, die heute begabten Kindern der Arbeiterschaft in der Hauptsache verschlossen sei. An Stelle dieser Barriere, die unser Volk dreiteilen in höher-, mittelgeprüfte und unreife Menschen, müßten Eignungsprüfungen in weitem Umfang auch außerhalb der Normalaufbahn ausgebildeten und befähigten Kräften Aufnahmemöglichkeit schaffen.

Im ganzen sei es fraglich geworden, ob der bisherige Erziehungsgang der höheren, der allge-

müsse auch für die pädagogischen Akademien freigemacht werden. Damit sei nunmehr eine unmittelbare Verbindung der höheren Fachschule zur Ausbildung der Gewerbelehrer gegeben und von der Volksschule die Brücke zur Hochschule geschlagen. Nach dem Plan des Handelsministeriums sollten die Gewerbelehrer und Gewerbelehrerinnen künftig ihre fachliche und pädagogische Ausbildung an berufspädagogischen Instituten erhalten, die den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Frankfurt a. M. und Köln sowie der Handelshochschule in Berlin angegliedert seien. Gewerbelehrerinnen sollten außerdem noch im Königsberger Institut in Anlehnung an die dortige Handelsschule ausgebildet werden.

An den Universitäten und Handelshochschulen werden die allgemeinen Fächer, wie Pädagogik, Psychologie, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik belegt. Die enge Verbindung zwischen Instituten und Hochschulen sei der Ausbildung der Gewerbelehrer besonders förderlich, da es gerade für sie darauf ankomme, neben den fachtechnischen Spezialkenntnissen, die in der Hauptsache das Institut zu vermitteln habe, eine vertiefte methodische Schulung in allgemeinen Wissensgebieten auf der Hochschule zu erhalten. Besonderer Wert

werde dabei nicht auf die Fülle des Kolleglehrens, sondern auf die Entwicklung in Übungen zu legen sein. Wesentlich sei ferner, daß durch diese Reform neben dem Aufstieg über die Fachschulen auch den unmittelbaren aus der Praxis Kommenden die Möglichkeit zur Gewerbelehrerausbildung gegeben werde. Facharbeiter und Handwerker könnten zu diesem Zweck besonders eingerichtete Kurse besuchen, um dann zu weiteren Studien durch eine Eignungsprüfung zugelassen zu werden, in der neben der pädagogischen Befähigung, den notwendigen Wissensgrundlagen vor allem die Bewährung im Beruf bewertet werde. Damit sei eine entscheidende Bresche in das Berechtigungswesen gelegt. Wohl könnten auch Abiturienten sich nach zweijähriger Praxis zum Gewerbelehrerberuf melden. Voraussetzung zur Aufnahme seien aber die in der Eignungsprüfung nachgewiesenen fachlich-praktischen Kenntnisse. Hier werde ein großer Versuch zum Aufstieg unternommen, der nur dann gelingen könne, wenn ihn Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterstützten. Um eine praktische Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaftskreisen zu sichern, sollten Beiräte an den Instituten gegründet werden, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie Vertreter der Hochschule, des Institutes und der Gemeinde zusammenarbeiteten. Diese Beiräte seien mit den Prüfungsordnungen, mit der Stipendienvergebung, der Ausgestaltung der Lehrpläne und den Aufnahmebedingungen zu befassen. Bei der Gewerbelehrerausbildung sei unter den Anmeldungen eine zahlenmäßige Aufnahmebeschränkung von vornherein notwendig. Diese werde erzielt durch Auswahl der Befähigten. So könne eine Hebung des Bildungsgrades erreicht werden, die diesem schwierigsten unserer pädagogischen Berufe nur dienen können.

Mit diesem neuen Bildungsgang unseres Gewerbelehrers müsse die Ausgestaltung der Berufsschulen und höheren Fachschulen Hand in Hand gehen. Die Ausbildung unserer Arbeiterschaft sei die Vorbedingung zur Erhaltung unserer Wirtschaftsgeltung. Denn nur die technisch-wissenschaftliche Weiterentwicklung verbürge die zukünftige ökonomische Grundlage unseres Volkes.

Die sehr rege Aussprache bewegte sich in den Gedankengängen des Referenten, zeigte aber auch die Mängel auf, die heute dem Berufsschulwesen noch anhaften. Für die Industriejugend in ländlichen Gebieten und auch für die Mädchen bietet die Berufsschule noch nicht genügend. Einmütigkeit bestand in der Ablehnung der von bestimmten Interessentenkreisen propagierten „mittleren“ Reife. In den Jugendgruppen der Gewerkschaften werde mehr als bisher auf die beruflichen Bildungsmöglichkeiten hingewiesen werden müssen, die sich dem tüchtigen jungen Arbeiter bieten. Besonders befähigte jüngere Gewerkschafter wären auf die Gewerbelehrerlaufbahn hinzuweisen. Im besonderen sei aber die Entwicklung der Berufsschule und Berufsschullehrer-Ausbildung im Auge zu behalten. Das ist besonders wichtig angesichts der Vorgänge in Thüringen, wo ein guter Ansatz durch nationalsozialistische Frickerei zerschlagen werden soll, und wo man drauf und dran ist, mit allen Mitteln das Berufsschulwesen zu drosseln. Was in Thüringen beabsichtigt ist, ist reaktionärste Reaktion. Dem gilt es den Willen der Arbeiterschaft entgegenzusetzen:

Aufstieg vom Beruf!

## Ausgelernt

*Es war ein Tag, an dem ich ausgelernt,  
An jenem Tage wollt ich jubilierten.  
An jenem Tage wollt ich stolzgeschwollt  
Vor meine Mutter treten, ohne Fieren:  
„Ich hab's geschafft! Dein Mühen hat ein Ende,  
Vier lange Jahre haben deine Hände  
Für mich geschafft. Jetzt dankt es dir dein Sohn.  
Hier, Mutter hier, hier ist mein erster Lohn!“*

*Es war ein Tag, an dem ich ausgelernt,  
Da muß ich schon die Faust des Herren spüren.  
Wie bitter ist es, wenn man hoffnungsvoll,  
Voll Tatendrang, steht vor verfallenen Türen.  
Man braucht mich nicht, obwohl ich arbeitswillig,  
Frägt nicht darnach, was recht ist oder billig.  
Da Kapital, dieß Wesen ohne Herz,  
In junge Seelen pflanzt es schon den Schmerz.*

*Es war ein Tag, an dem ich ausgelernt,  
Und auch ein Tag, an dem ich kämpfen lernte  
Mit fistcher, ungebeugter Jugendkraft.  
Einh kommt ein Tag, da halten wir die Ernte  
Mit dem System, dem antisozialen,  
Und feurig leuchten dann der Sonne Strahlen,  
Die uns geschild ein Morgen, golden klar.  
Und Bruderliebe wird dann offenbar.*

Aka.

meinbildenden Schule allein die notwendigen Erziehungsgrundlagen schaffen solle für die Weiterausbildung gerade praktischer Berufsarten. Es habe sich bei den höheren Fachschulen gezeigt, daß Schüler mit Volksschulbildung, mit guter Lehre und nach Besuch der Ausbildungskurse der Fachschule im Durchschnitt bessere Noten erzielten als solche, die von höheren Schulen mit Obersekundareife gekommen seien. Für die höheren praktisch-technischen Berufe sei eine gute Berufserfahrung, eine erweiterte Anschauung vielfach die bessere Grundlage für die theoretische Ausbildung als die begriffliche Vorbildung der höheren Schule, selbst wenn eine mehr oder minder ernste praktische Volontärzeit ihr gefolgt sei. Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber habe bei der angefangenen Reform der Wirtschaftsschulen nunmehr einen solchen berufsbildenden Berufsaufstieg geschaffen und diesen bereits bei der Ausbildung der Gewerbelehrer gleichberechtigt neben den Ausbildungsgang der höheren Schulen gestellt. Es solle ein Aufstieg von den Fachschulen zu den höheren Fachschulen geschaffen werden. Es werde ein Weg von diesen zu den Technischen Hochschulen erstrebt. Heute sei bereits zugesagt, daß bei dem Übergang von der höheren Fachschule zur Technischen Hochschule vier Fachschulsemeister bei Ablegung der Ersatzreifeprüfung angerechnet werden sollten. Richtiger sei, die Aufnahme bei der Technischen Hochschule statt von der Ersatzreifeprüfung von einer Eignungsprüfung besonderer Art, die ohne den unnötigen Wissensballast der höheren Schulen beschwert sei, abhängig zu machen. Das solle nicht eine Minderung der notwendigen Wissensvoraussetzungen zur Weiterarbeit an der Hochschule bedeuten. Der gleiche Weg

### Vom Büchertisch

**Rund um den Youngplan.** Von Bernhard Düwell. Jungsozialistische Schriftenreihe. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Preis kart. 85 Pf.

Obwohl der Youngplan mit dem Anspruch auf eine „vollständige und endgültige Lösung“ des Reparationsproblems am 17. Mai 1930 in Kraft getreten ist, wird die Kriegsschuldenliquidierung noch für lange Zeit die Tagespolitik beeinflussen. Die außerordentlich schweren Reparationslasten für Deutschland bleiben ein Objekt der klassenpolitischen Auseinandersetzung, solange sie angebracht werden müssen. Bernhard Düwell versucht nachzuweisen, daß sie bisher in Deutschland ausschließlich von den Massen der arbeitenden Bevölkerung getragen worden sind, während die kapitalistischen Schichten der Bevölkerung durch die weitgehende Ausschaltung des demokratisch-parlamentarischen Einflusses auf die wichtigsten deutschen Wirtschaftsinstitute (Reichsbank und Reichsbahn) aus der Reparationsfrage eine ungemeine Verstärkung ihrer gesellschaftlichen Machtposition bezogen.

**Weimar — und was dann?** Von Dr. Otto Kirchheimer. Jungsozialistische Schriftenreihe. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Preis kart. 85 Pf.

Kirchheimers Traktat über die Weimarer Verfassung hat sich zwei Aufgaben gestellt: einmal, zu untersuchen, wie weit sich ihre demokratische Verheißung in der Wirklichkeit seit ihrer Schaffung lebendig erfüllte, zum anderen, nachzuweisen, wie unmöglich es ist, aus soziologischen Bedingungen, wozu auch die Staatsformen gehören, weltanschauliche Angelegenheiten zu machen. Ausgehend von der ökonomischen Struktur der Gegenwartsgesellschaft zeigt Kirchheimer die klassenmäßigen Motive auf, die der Formulierung des Weimarer Verfassungsgewebes zugrunde lagen. Entscheidend für die Anwendung der geschriebenen Artikel blieb nicht Geist und Absicht ihrer Verfasser, sondern das Machtverhältnis zwischen den Klassen, das sich immer wieder unbeschadet der verfassungsmäßigen Bestimmungen den ihm entsprechenden politischen Ausdruck schuf. Ganz besonders drastisch lehrt das vor allem die Entwicklung unserer Steuergesetzgebung, die sich immer mehr von der Verfassungsvorschrift entfernte, nach der jedermann an den öffentlichen Lasten entsprechend seinem wirtschaftlichen Vermögen teilzunehmen hat. Auch die Geschichte

der Anwendung des Artikels 48, die Kirchheimer heranzieht, vor allem in dem Vergleich der verschiedenen Behandlung der bayerischen und sächsischen Differenz zur Reichspolitik 1923 wie der Stellung zum Frick-Thüringen von 1930, erhärtet die marxistische Erkenntnis, daß Verfassungen ihren Inhalt allein von der Intensität des Klassenkampfes erhalten, nicht aber von der Absicht ihrer Schöpfer.

**Die rote Gewerkschaftsinternationale und die europäische Gewerkschaftsbewegung.** Von Paul Olberg. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestr. 16.

Der Kampf der Bolschewisten gegen die freien Gewerkschaften entspricht der Ansicht, die Gewerkschaftsorganisationen als Instrumente der politischen Bewegung zu gebrauchen. Der Kampf wird deshalb wahrscheinlich solange dauern, als der Sowjetkommunismus bestehen wird. Bei der einschneidenden Bedeutung dieses Kampfes auf die Erfolgsmöglichkeiten der freien Gewerkschaften wird deshalb jede Abwendung Interesse finden, die nach einer Klärung strebt. Das tut die Schrift von Olberg. Er geht von der russischen Gewerkschaftspolitik aus und zeigt so die internationale Gewerkschaftspolitik der Bolschewisten auf. Wer den Kampf um die gewerkschaftliche Seele des Arbeiters mitgemacht hat, durchlebt beim Lesen des Buches noch einmal die Phasen des Kampfes. Er findet aber auch die Bestätigung dafür, daß die freien Gewerkschaften auf dem richtigen Wege sind, denn das Fazit der bolschewistischen Gewerkschaftsstrategie ist wieder schmetternd: Wer die Unorganisierten zu den revolutionärsten Kämpfern macht, muß im Sumpf enden. Das Buch Olbergs kann jedem, der bolschewistischen Gewerkschaftsunsinn konzentriert genießen will, nur empföhlen werden. Es gibt klare Antwort für Amste dam und gegen Moskau.

**Organisations- und Werbetechnik in der Arbeiterbewegung.** Erster Teil: *Die Politik und ihre Gesetze.* Von E. Winkler. Verlag Karl Zwing, Jena. Brosch. 4 Mk., Halbl. 4,50 Mk.

Es wird hier ein Gebiet behandelt, dem man gern einige Stunden widmen soll. Die Fragen, welche an die Arbeiterschaft herantreten, sind so reichhaltig und so kompliziert, daß es der Anstrengung aller bedarf, um im gemeinsamen Wirken einen Erfolg zu erreichen. Diese geistige Gemeinschaft zu festigen, ist das Ziel des Buches. Jedem Arbeiterfunktionär, gleichgültig, ob er sich auf gewerkschaftlichem Gebiete oder im politischen Leben

befähigt, sollte Gelegenheit geboten sein, sich mit den Ausführungen des Verfassers auseinander zu setzen. Er würde dann die Wechselbeziehungen, die zwischen Wirtschaft und Politik bestehen, erkennen, die verschiedenen Zusammenhänge, die dem politischen Handeln zugrunde liegen, lösen können, und so wird ein weiterer Kreis von Anhängern verständnisvoll dem heutigen gesellschaftlichen Geschehen gegenüberstehen. Das ganze eine Arbeit, der man weiteste Verbreitung wünschen kann.

**Das Antiterrorgesetz.** Text des Antiterrorgesetzes mit ausführlichen Erläuterungen. Von Hermann Heindl. Verlag Arbeit und Wirtschaft, Wien I, Ebdendorferstr. 7.

Der Kampf um das Antiterrorgesetz hat die deutsche Öffentlichkeit stark beschäftigt. Nun liegt der beschlossene Text mit Anmerkungen vor. Das Gesetz läßt deutlich erkennen, daß es gegen die organisierte Arbeiterschaft gemacht ist. Da das Gesetz auch Bestimmungen über Kollektivverträge enthält, wird es um so mehr die Arbeiterwelt interessieren.

### Inhaltsübersicht

**Hauptteil:** Das Parlament der freien Gewerkschaftswelt tagt. / Die Verhandlungen der Spitzenverbände zerplatzt. / Zur schulpolitischen Lage in Thüringen. II. / Geringeres Arbeitseinkommen erzwingt Umsatzrückgang. / Anstatt Preissenkung Brotverfeuerung.

**Recht und Gesetz:** Erfälle im Jahre 1928. / Reform der Krankenversicherung.

**Verband und Beruf:** Bekanntmachung. / Der Tanz um den Lohn geht los! / Gegen das Klingelputzen! / Deutsche Kollegen, Achtung! / Lithographiesteine. / Hermann Müller 25 Jahre beim ADGB. / Der neue Vorstand des Schutzverbandes.

**Jugendhilfe:** Um den Aufstieg vom Beruf. / Ausgelernt.

Vom Büchertisch. / Den Toten zum Gedächtnis. Anzeigen.

## Den Toten zum Gedächtnis!

1930.

† Am 21. April in Wuppertal-Barmen **Gustav Poilmann**, Steindrucker aus Herzkamp, 66 J. alt, an Asthma, krank 11 W. — Eingetr. in Barmen am 29. Dezember 1918.

† Am 29. April in Wuppertal-Barmen **Emil Tilly**, Steindrucker aus Barmen, 68 J. alt, an Altersschwäche (Arterienverkalkung), Invalide seit 4. Dezember 1928. — Eingetr. in Elberfeld am 18. Dezember 1899.

† Am 4. Mai in Nürnberg **Max Gräf**, Lithograph aus Saalfeld a. d. S., 55 J. alt, an Gehirnschlag, krank 45 W. — Eingetr. in Nürnberg am 1. Dezember 1918.

† Am 6. Mai in Wuppertal-Barmen **Ernst Jaeger**, Steindrucker aus Barmen, 45 J. alt, an Magenleiden, krank 3 Tage. — Eingetr. in Barmen am 9. März 1919.

† Am 9. Mai in Kaiserslautern **Peter Marx**, Chemigraph aus Kaiserslautern, 37 J. alt, an Lungentuberkulose, krank zuletzt 1 W. — Eingetreten in Kaiserslautern am 5. Juni 1927.

† Am 9. Mai in Bielefeld **Wilhelm Helling**, Lithograph aus Bielefeld, 60 J. alt, an Herzschlag, Invalide seit 2. Oktober 1927. — Eingetr. in Iserlohn i. Westf. am 1. April 1891.

† Am 14. Mai in Berlin **Albert Voegelke**, Steindr. aus Berlin, 67 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Berlin am 12. Oktober 1896.

† Am 17. Mai in Bremen **Hermann Velt**, Steindrucker aus Dewitz Bez. Leipzig, 66 J. alt, an Blasenleiden, krank 28 W. — Eingetr. in Bremen am 27. Oktober 1912.

† Am 17. Mai in Leipzig **Max Haschker**, Lithograph aus Zwickau, 55 J. alt, an Herzleiden, krank 7 W. und 4 T. — Eingetr. in Leipzig am 2. März 1919.

† Am 23. Mai in München **Heinrich Vogl**, Lichtdrucker aus München, 69 J. alt, an Leberkrebs, Invalide seit 29. März 1925. — Eingetr. in Elberfeld am 9. Januar 1894.

† Am 24. Mai in Leipzig **Richard Gößner**, Lithograph aus Neuselbhausen, 66 J. alt, an Lungenleiden und Herzschlag, krank 13 W. und 5 Tage. — Eingetr. in Leipzig am 8. September 1918.

† Am 24. Mai in Berlin **Adolf Weichert**, Steindrucker aus Berlin, 63 J. alt, an einer Blutkrankheit, krank 4 W. und 5 T. — Eingetr. in Berlin am 5. November 1911.

† Am 26. Mai in Dresden **Georg Werner**, Lithograph aus Nürnberg, 59 J. alt, plötzlich an Herzlähmung. — Eingetr. in Dresden am 12. Dezember 1926.

† Am 26. Mai in Leipzig **Emil Rettig**, Steindrucker aus Seiperitz, 51 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Leipzig am 10. Mai 1897.

† Am 27. Mai in Leipzig **Erich Hofmann**, Reproduktionsphotograph aus Leipzig-Gohlis, 25 J. alt, an Herzschlag, krank an Lungentzündung 5 W. und 5 T. — Eingetr. in Leipzig am 19. Juli 1925.

### Ehre ihrem Andenken!

*Zur gefl. Beachtung!* Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien (Namen, Geburts- und -jahr) mitteilen. **Der Vorstandsvorstand.**

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D R P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36** Wiener Straße Nr. 50 Fernspr. Mor. 12289

Wir suchen

## tüchtige Farbenätzer und Autoätzer

zum sofortigen Eintritt. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbelten an

L. van Leer & Co., Amsterdam. Postbox 158

## Fachliteratur! Für Graphiker!

**Das Tauchieren u. Atzen der Metalle** von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein Preis inklusive Nachnahme 1.60 RM.

**Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks** von Alois Senefelder. Preis inkl. Nachnahme 11.70 RM.

**Die Erlindung der Lithographie** von F. Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0.80 RM.

**Der praktische Umdrucker** v. Bernhard Enders. Preis inklus. Nachnahme 1.10 RM.

**Die lithographischen Verfahren und der Offsetdruck** von Otto Krüger Über 270 Seiten Text mit etwa 130 Abbildungen und 20 zum größten Teil farbigen Tafeln. 2. Auflage. Preis inkl. Nachnahme 20.00 RM.

**Die Illustrationsverfahren** von Krüger. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Preis inkl. Porto und Nachnahme, in Leinen 34.— RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von **Hans Eckstein**. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:

Die Wichtigkeit der Klischees nebst seinen näheren Bezeichnungen. Die Unterchiede und der Werdegang des Holzschlittes — Strichstrangen — Autotypen — Galvano- und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. — Frische Maßgaben. — Die Wirkung illustrierter Inserate. — Strichzeichnung mit Rasterkombination. — Positiv-Retusche. — Farbenklischees. — Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache. — Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 3.— RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Auguststraße 8

## Retuschier-Apparate



für feinste Maschinen-Retusche sowie Farben und Pinsel liefert

Carl Rückleim, Leipzig N 21, Theresienstr. 11